

FREIBERUFLER-TICKER vom 13. März 2026

1. Zugang zu Elterngeld soll leichter werden

Die Bundesregierung bekräftigt ihr Ziel, den Bezug des Elterngelds zu vereinfachen und zu digitalisieren. Allerdings nennt sie in der entsprechenden Antwort ([21/4446](#)) auf eine Kleine Anfrage keinen genauen Zeitpunkt dafür. Darüber berichtete der Deutsche Bundestag am 11. März 2026. Mit den Empfehlungen der Kommission zur Sozialstaatsreform vom 27. Januar 2026 lägen konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Zugangs und des Vollzugs von familienbezogenen Leistungen vor, heißt es in der Antwort weiter. „Die Kommission empfiehlt unter anderem einen einheitlichen und zentralen digitalen Zugang zu allen Sozialleistungen – also auch den familienbezogenen Leistungen. Der BFB setzt sich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, insbesondere für selbstständige Freiberuflerinnen, für die weiterhin zentrale Hürden bestehen. Die Reform des Elterngelds ist ein wichtiger Bestandteil dieser Position und wird vom BFB auch in politischen Gesprächen sowie gemeinsam mit anderen Verbänden vertreten.

2. Rentenanpassung

Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Rentenversicherung Bund steigen die Renten in Deutschland zum 1. Juli 2026 um 4,24 Prozent, teilte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit [Pressemitteilung](#) vom Ende vergangener Woche mit. Damit beträgt die Rentenanpassung zum vierten Mal seit fünf Jahren über vier Prozent. Insgesamt ergibt sich damit eine Anhebung des aktuellen Rentenwerts zum 1. Juli 2026 von gegenwärtig 40,79 Euro auf 42,52 Euro. Dies entspricht einer Rentenanpassung von 4,24 Prozent. Die Rentenanpassung wird mit der Rentenwertbestimmungsverordnung 2026 umgesetzt. Diese tritt – vorbehaltlich des Kabinettsbeschlusses, der Zustimmung des Bundesrates und der abschließenden Verkündung im Bundesgesetzblatt – am 1. Juli 2026 in Kraft.

3. EU-Konjunktur wächst moderat – Deutschland und Finnland am Tabellenende

2025 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Europäischen Union (EU) um 1,5 Prozent, nachdem es 2024 um 1,1 Prozent gewachsen war. Im Vergleich zu 2024 nahm das BIP 2025 in allen EU-Ländern zu. Die stärksten Zuwächse wurden in Irland (plus 12,3 Prozent), Malta (plus 4,0 Prozent) und Zypern (plus 3,8 Prozent) verzeichnet. Die geringsten Anstiege gab es dagegen in Deutschland und Finnland (jeweils plus 0,2 Prozent) sowie in Ungarn (plus 0,4 Prozent). Das geht aus einer [Mitteilung](#) des statistischen Amtes der EU vom 6. März 2026 hervor.

4. Umsatz im Dienstleistungsbereich um 2,1 Prozent gestiegen

Wie das Statistische Bundesamt Ende vergangener Woche [mitteilte](#), stieg der Umsatz im deutschen Dienstleistungssektor (ohne Finanz- und Versicherungsdienstleistungen) 2025 real um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Besonders relevant für freiberufliche Tätigkeiten: Die Umsätze in freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen erhöhten sich real um 2,2 Prozent. Insgesamt gehörte dieser Bereich damit zu den wachsenden Segmenten innerhalb der Dienstleistungswirtschaft. Die Entwicklung zeigt, dass freiberufliche Dienstleistungen weiterhin eine stabile und leicht wachsende Rolle im deutschen Dienstleistungssektor spielen.

5. Innovationskraft deutscher Unternehmen nimmt deutlich ab

Die Innovationsaktivität deutscher Unternehmen geht zurück. Nur noch 13 Prozent der Firmen zählen 2026 zur innovationsstarken Spitze, 2019 waren es noch rund 25 Prozent. Gleichzeitig ist der Anteil innovationsschwacher Unternehmen auf fast 40 Prozent gestiegen. Das zeigt die Studie „Innovative Milieus 2026“, deren Ergebnisse die Bertelsmann Stiftung am 10. März 2026 [veröffentlichte](#). Laut der Autorinnen und Autoren verliert besonders die Industrie an Innovationskraft, während wissensintensive Dienstleistungen und die IT-Branche zunehmend als technologische Vorreiter auftreten. Unternehmen setzen zudem häufiger auf schrittweise Verbesserungen statt auf grundlegende Innovationen. Zugleich gewinnen digitale Schlüsseltechnologien an Bedeutung: 70 Prozent der Unternehmen nutzen bereits Künstliche Intelligenz oder maschinelles Lernen, ein Viertel davon intensiv. Dagegen kommen komplexe Deep-Tech- und Green-Tech-Anwendungen, etwa zur CO₂-Abscheidung, bislang nur in wenigen Unternehmen breit zum Einsatz. Wissensintensive Dienstleistungen, zu denen viele Freie Berufe zählen, gehören laut Studie weiterhin zu den technologischen Vorreitern.

6. Ostdeutsche Unternehmen besonders unzufrieden mit Wirtschaftspolitik

Unternehmen in Ostdeutschland sind unzufriedener mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung als westdeutsche. Das ergab eine am 9. März 2026 [veröffentlichte](#) Befragung des ifo Instituts. Während Unternehmen in Westdeutschland der Regierung eine durchschnittliche Note von 4,14 geben, fällt die Bewertung in Ostdeutschland mit 4,27 schlechter aus. 13 Prozent der ostdeutschen Unternehmen gaben die Note 6, während dies in Westdeutschland nur acht Prozent taten. Kritischer als ihre westdeutschen Pendanten äußerten sich ostdeutsche Baufirmen und Einzelhändler, während es in anderen Branchen wie Großhandel, Industrie und Dienstleistungen kaum Unterschiede zwischen Ost und West gab. Die Bewertung der Regierungspolitik fiel in allen betrachteten Politikbereichen kritisch aus. Besonders schlecht schnitt die Sozial- und Rentenpolitik ab, die mit einer Gesamtnote von 4,62 bewertet wurde, was mit den Bewertungen aus Westdeutschland übereinstimmt. In den Bereichen Finanzpolitik (Ost: 4,18, West: 4,00), Energie- und Klimapolitik (Ost: 4,32, West: 4,16) und Industriepolitik (Ost: 4,30, West: 4,11) zeigten sich deutliche Unterschiede. Die Ergebnisse betreffen auch freiberufliche Praxen und Kanzleien, die ebenfalls Teil der regionalen Wirtschaftsstruktur sind.

7. Wieder mehr Frauen an der Spitze mittelständischer Unternehmen

An der Spitze mittelständischer Unternehmen in Deutschland sind laut einer [Mitteilung](#) der KfW vom Ende vergangener Woche wieder etwas mehr Frauen anzutreffen. Von den rund 3,87 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen hierzulande wurden 2025 rund 16 Prozent oder 621.000 von einer Frau geführt. Ein Jahr zuvor hatte die Quote mit 14,3 Prozent auf dem tiefsten Stand seit Beginn der Erhebung im Jahr 2003 gelegen, das Hoch wurde 2022 mit 19,7 Prozent erreicht. Dem leichten Aufwärtstrend an der Spitze der Unternehmen entgegen steht die Entwicklung mit Blick auf alle weiblichen Führungskräfte über jegliche Hierarchieebenen hinweg. Dazu zählen Team-, Abteilungs- oder Bereichsleitung genau wie Geschäftsführung, Vorstand oder Inhaberschaft. Im vergangenen Jahr waren 34,3 Prozent dieser Managementpositionen weiblich besetzt, ein Jahr zuvor waren es noch 35,6 Prozent, 2023 sogar noch 40,0 Prozent. Frauengeführte Mittelständler beschäftigen in Deutschland rund 3,3 Millionen Menschen – etwa zehn Prozent der Erwerbstätigen im Mittelstand – und erwirtschaften zusammen 435 Milliarden Euro Umsatz (rund acht Prozent der Gesamtumsätze). Das geht aus aktuellen Daten zum Mittelstand hervor. Zudem sind frauengeführte Betriebe meist sehr klein: 84 Prozent haben weniger als fünf Beschäftigte. Unternehmen mit 50 oder mehr Mitarbeitenden werden nur in rund 6.000 Fällen von Frauen geführt. Im Durchschnitt beschäftigen frauengeführte Firmen 7,2 Personen, während männergeführte Unternehmen mit zehn Mitarbeitenden deutlich

größer sind. Auch beim Umsatz liegen sie vorn: Der Median beträgt 288.000 Euro und liegt damit 23 Prozent über dem von Unternehmen mit weiblicher Leitung. Auffällig ist zudem der hohe Frauenanteil in Führungspositionen: In frauengeführten Unternehmen sind 76 Prozent der Führungsstellen weiblich besetzt, in männergeführten Firmen dagegen nur 14 Prozent.

8. Zahl der Schülerinnen und Schüler gestiegen

Der [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamtes vom 11. März 2026 zufolge werden im Schuljahr 2025/26 in Deutschland rund 11,5 Millionen Schülerinnen und Schüler unterrichtet, was einem Anstieg von 0,7 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr entspricht. Damit steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler bereits im vierten Jahr in Folge, was vor allem mit dem Wachstum der Bevölkerung im Alter von fünf bis 19 Jahren zusammenhängt. Besonders deutlich nahm die Zahl an allgemeinbildenden Schulen zu (plus 0,9 Prozentpunkte), während sie an beruflichen Schulen leicht zurückging (minus 0,4 Prozentpunkte). Zudem stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit um 3,6 Prozent, ihr Anteil liegt nun bei etwa 17 Prozent aller Schülerinnen und Schüler.

9. Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen

Wie das Statistische Bundesamt am 12. März 2026 [mitteilte](#), gaben 2024 die öffentlichen Haushalte in Deutschland durchschnittlich 10.500 Euro pro Schülerin oder Schüler an öffentlichen Schulen aus. Das sind rund 700 Euro oder sieben Prozent mehr als 2023, der stärkste Anstieg seit 2019, vor allem aufgrund höherer Personalkosten. Etwa drei Viertel der Ausgaben entfielen auf Personal, während der Rest auf Sachaufwand und Investitionen verteilt war. Die Ausgaben unterschieden sich je nach Schulart deutlich: allgemeinbildende Schulen lagen im Schnitt bei 11.300 Euro pro Kopf, berufliche Schulen bei 7.600 Euro.

10. Ratsempfehlung zu Humankapital

Der Rat der Europäischen Union (EU) verabschiedete am 9. März 2026 eine [Empfehlung](#) zum Humankapital, um dem wachsenden Arbeits- und Fachkräftemangel in der EU zu begegnen. In vielen Mitgliedstaaten fehlen qualifizierte Arbeitskräfte, insbesondere in Bereichen wie Gesundheitswesen, Informations- und Kommunikationstechnologie, Bauwesen und Bildung. Gleichzeitig erhöhen Digitalisierung, technologische Veränderungen, der ökologische Wandel sowie demografische Herausforderungen den Bedarf an neuen Kompetenzen. Der Rat ruft die Mitgliedstaaten daher auf, verstärkt in Bildung und Weiterbildung zu investieren und Maßnahmen zur Entwicklung von Kompetenzen umzusetzen. Dazu zählen die Förderung grundlegender Fähigkeiten in allen Altersgruppen sowie ein besserer Zugang zu qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung. Zudem soll die Attraktivität der beruflichen Aus- und Weiterbildung gesteigert werden, da sie gute Beschäftigungsperspektiven bietet. Angesichts des steigenden Bedarfs an Fachkräften in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik empfiehlt der Rat außerdem, entsprechende Bildungsangebote auszubauen und insbesondere mehr Frauen für diese Bereiche zu gewinnen.

11. EU-Geburtenrate sinkt weiter

2024 wurden in der Europäischen Union (EU) 3,55 Millionen Babys geboren – ein Rückgang um 3,3 Prozent gegenüber den 3,67 Millionen 2023. Die zusammengefasste Geburtenziffer lag 2024 in der EU bei 1,34 Lebendgeburten pro Frau, nach 1,38 2023. Dies ist die niedrigste Rate seit 2001, dem ersten Jahr, für das ein EU-Wert verfügbar ist. 2024 verzeichnete Bulgarien mit 1,72 Lebendgeburten pro Frau die höchste zusammengefasste Geburtenziffer in der EU, gefolgt von Frankreich mit 1,61 und Slowenien mit 1,52. Im Gegensatz dazu hatte Malta mit

1,01 Lebendgeburten pro Frau die niedrigste Geburtenrate, zusammen mit Spanien (1,10) und Litauen (1,11). Der Wert für Deutschland beträgt 1,36. Das geht aus einer [Mitteilung](#) des statistischen Amtes der EU vom 6. März 2026 hervor.

12. EU-Beschäftigungslücke

2024 war die Beschäftigungslücke zwischen den Geschlechtern in der Europäischen Union (EU) unter Erwachsenen, die in Haushalten mit Kindern leben, bei hochgebildeten Frauen weniger ausgeprägt als bei Frauen mit niedrigerem Bildungsniveau. Bei Frauen mit niedriger Bildung sank die Erwerbsquote, je mehr Kinder im Haushalt lebten. Die geschlechtsspezifische Beschäftigungslücke stieg von 26,1 Prozentpunkten bei einem Kind auf 35,8 Prozentpunkte bei zwei Kindern und auf 42,1 Prozentpunkte bei drei oder mehr Kindern. Bei mittlerem Bildungsniveau war die Erwerbstätigkeit insgesamt höher. Dennoch vergrößerte sich die geschlechtsspezifische Lücke mit zunehmender Kinderzahl kontinuierlich und erreichte ihren höchsten Wert bei Erwachsenen mit drei oder mehr Kindern (33,0 Prozentpunkte). Die Erwerbsquote lag hier bei 58,9 Prozent für Frauen gegenüber 91,9 Prozent für Männer. Selbst bei Personen mit höherer Bildung erreichten Frauen mit Kindern nicht das gleiche Beschäftigungsniveau wie Männer. In Haushalten mit zwei Kindern lag die Erwerbsquote der Frauen bei 88,0 Prozent gegenüber 96,7 Prozent bei Männern (eine Lücke von 8,7 Prozentpunkten). In Haushalten mit drei oder mehr Kindern war die Lücke etwas größer: 81,8 Prozent gegenüber 95,4 Prozent (eine Differenz von 13,6 Prozentpunkten). Das geht aus einer [Mitteilung](#) des statistischen Amtes der EU vom 6. März 2026 hervor.

13. Ein Drittel der EU-Abgeordneten sind Frauen

2025 hielten Frauen 33,6 Prozent der Sitze in den nationalen Parlamenten der Europäischen Union (EU), was einem Anstieg um 5,4 Prozentpunkte gegenüber 2015 entspricht. Die höchsten Anteile weiblicher Abgeordneter verzeichneten 2025 Finnland (46 Prozent), Schweden (44,8 Prozent) und Dänemark (44,7 Prozent). Die niedrigsten Anteile gab es dagegen in Zypern (14,3 Prozent), Ungarn (15,6 Prozent) und Rumänien (22 Prozent). Im Vergleich zu 2015 verzeichneten alle EU-Länder einen Anstieg des Frauenanteils in den Parlamenten – mit Ausnahme von Deutschland, wo der Anteil von 36,2 auf 32,7 Prozent um 3,5 Prozentpunkte sank. Das geht aus einer [Mitteilung](#) des statistischen Amtes der EU vom 5. März 2026 hervor.

14. Personalie: Professor Gabriel Felbermayr für SVR vorgeschlagen

Auf Vorschlag von Katherina Reiche (CDU), Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, [beschloss](#) das Bundeskabinett am 11. März 2026, dem Bundespräsidenten die Berufung von Professor Gabriel Felbermayr, PhD, in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorzuschlagen. Er soll für die Amtsperiode bis zum 28. Februar 2031 berufen werden. Felbermayr ist seit 2021 Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Wien und Universitätsprofessor an der Wirtschaftsuniversität Wien. Zuvor war er bereits Präsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der internationalen Handelstheorie und -politik, der Arbeitsmarktforschung sowie der europäischen Wirtschaftsintegration.